

Pulsnitzer Tageblatt

Bezirksonzeiger

Wochenblatt



Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt - Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen - hat der Bezirker keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. - Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenzelle (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramez RM 0.20, Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Restliche RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. - Bei zwanngswertiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Werbungsbeitrag unter Beifall von Kreisnachschuß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramez, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach
Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretinig, Hauswalde, Dorn, Oberheina, Niederheina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 11 | | Donnerstag, den 14. Januar 1926 | | 78. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Wertzuwachssteuer

Der 7. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung - mit Wirkung vom 1. Oktober 1925 ab - ist von der Amtshauptmannschaft Bautzen genehmigt worden und kann in der Stadtsteuereinnahme eingesehen werden
Pulsnitz, den 13. Januar 1926.
Der Stadtrat.

Unkündigungen aller Art

im „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar bestem Erfolg.

Das Wichtigste

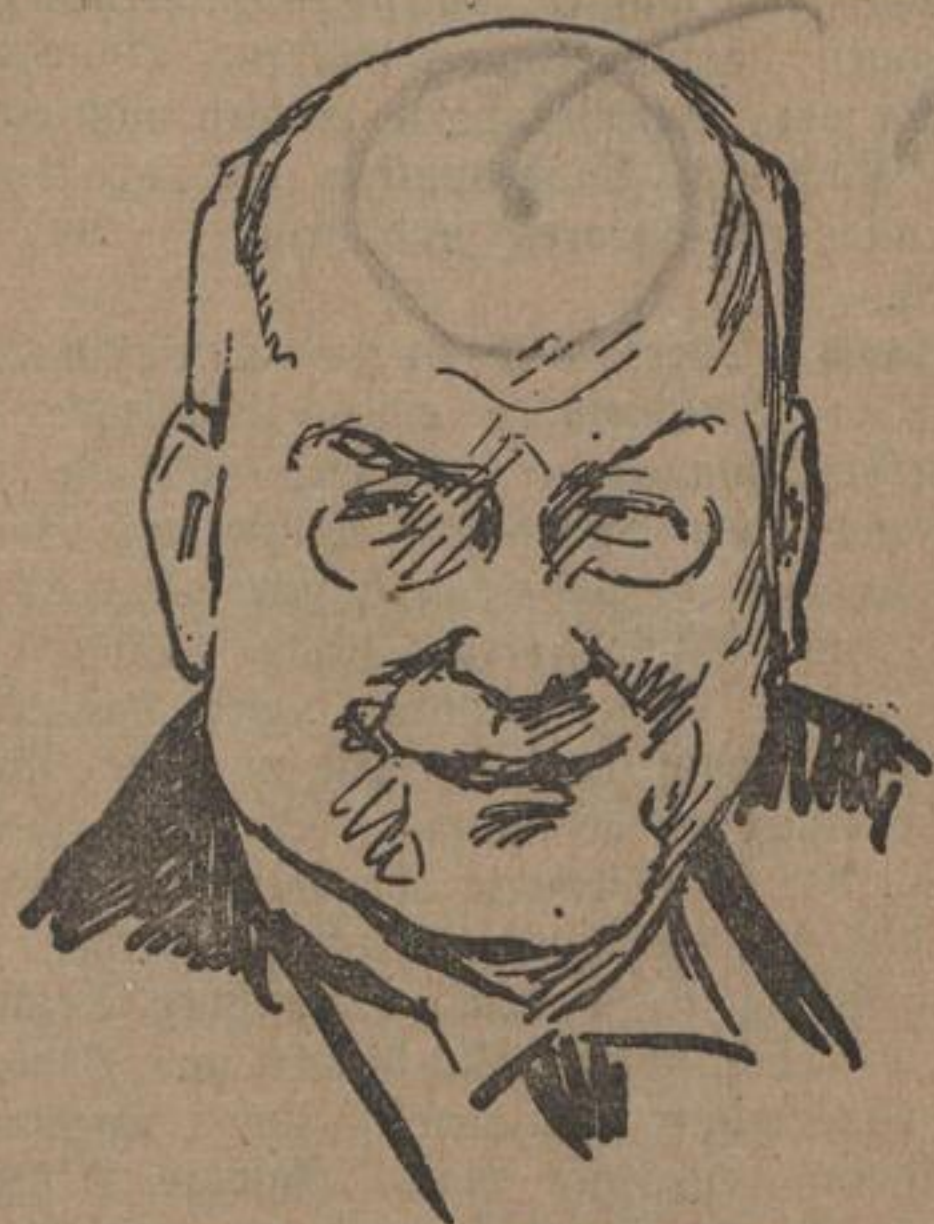
Die Berliner Regierung hat in offizieller Form in Prag den Wunsch geäußert, daß die Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei in der zweiten Februarhälfte mit Rücksicht auf die gleichzeitigen Wirtschaftsverhandlungen mit anderen Staaten in Berlin aufzunehmen.
Wie das Oberbergamt mitteilt, sind am Dienstagabend auf der Zeche „Vereinigte Trappe“ in Silfchede durch eine Explosion unter Tage zwei Bergleute getötet und fünf zum Teil schwer verletzt worden.
Wie in anderen Städten, so hat die französische Militärkontrollkommission auch in Frankfurt a. M. ihre Tätigkeit eingestellt.
Bei den Betriebsräten-Wahlen in der Provinz Ostpreußen behauptete sich die christliche Liste und die Liste der unpolitischen Gewerkschaften. Die sozialdemokratischen Sitze gingen bis über ein Drittel an die Kommunisten verloren.
Der verurteilte Führer des Deutschtums in Südtirol Dr. Noldin wurde gestern in Freiheit gesetzt. Die Untersuchungshaft hatte 25 Tage gedauert.
Die deutsche Golddiskontobank hat der Rentenbankkreditanstalt eine Vereinbarung angeboten, die dieser die Gewährung eines 3-5 fünfjährigen hypothekarischen Zwischenkredits an die deutsche Landwirtschaft ermöglichen soll.
Die Verhandlungen über die Bildung eines neuen österreichischen Kabinetts sind gestern zum Abschluß gekommen.
Die Demission und die Neuwahl der Regierung erfolgen heute, die Regierungserklärung am Freitag im Nationalrat.
Die Anklageschrift gegen die ungarischen Frankfälscher ist fertiggestellt.
In Rußland herrscht erneut strenge Kälte. Es wurden Temperaturen bis zu 40 Grad gemessen.
Wie aus Wilburton in Oklahoma gemeldet wird, sind bei einer Grubenexplosion über hundert Bergarbeiter in der Zeche eingeschlossen worden. Es besteht nur geringe Hoffnung, sie zu retten.

Dr. Luther bildet die Reichsregierung

Ein Minderheitskabinett

Berlin. Nachdem die Sozialdemokraten in ihrer Abendführung vom Dienstag erklärt hatten, daß sie keine geeignete Grundlage für die Regierung einer Großen Koalition erblicken könnten und daher die Teilnahme an der Großen Koalition ablehnten, wurden die Führer des Zentrums und der Demokraten, die Abgeordneten Fehrenbach und Koch, vom Reichspräsidenten empfangen. Selbe Herren machten dem Reichspräsidenten die Mitteilung, daß eine Möglichkeit zur Bildung einer Großen Koalition nicht

In bezug auf die Personenfrage können im Augenblick nur die Vermutungen wiederholt werden, die bereits im Dezember bei der Erörterung einer Minderheitsregierung aufstauden. Damals wurde erwartet, daß sämtliche jetzt noch im Amt befindlichen Minister ihre portefeuilles behalten und daß die vorhandenen Lücken etwa im neuem Ministerium der demokratische Abg. Koch oder von Kardorff (D. Sp.) für das Finanzministerium der demokratische sächsische Finanzminister Dr. Reinhold, für die Wirtschaft der Zentrumsabg. Lammer oder ein Volksparteiler und für die Justiz und die besetzten Gebiete der Zentrumsabg. Marx oder Dr. Curtius (D. Sp.). Ob diese Kombinationen vom Dezember jetzt noch aufrechterhalten werden, muß jedoch den Plänen und den Verhandlungen des neuen Kanzlers überlassen bleiben.



Reichskanzler a. D. Dr. Luther

Die Demokraten für Teilnahme an der Regierung. - Die Wirtschaftspartei lehnt ab.

Berlin, 13. Januar Die Demokratische Reichstagsfraktion nahm am Mittwochabend den Bericht des Parteivorsitzenden Koch über die Unterredung mit dem Reichspräsidenten entgegen. Die Fraktion stellte sich, wie wir erfahren, nach eingehender Debatte einmütig auf den Standpunkt, daß sich die Demokraten an der Kabinettsbildung beteiligen müßten, da sie nicht so leicht wie die Sozialdemokraten sich der Verantwortung entziehen dürften. In der Fraktionsführung wurde weiter eine klare Stellung der Regierung Luther zur Fürstenabfindung gefordert und der Wunsch ausgesprochen, daß bei der programmatischen Erklärung der neuen Regierung die bekannten Kochschen Richtlinien weitgehend berücksichtigt werden müßten. Wie wir weiter hören, sind am Mittwoch bei den Besprechungen Dr. Luthers mit den Parteiführern Personalfragen noch nicht berührt worden, da erst die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Fraktionen herbeigeführt werden soll. Von der Wirtschaftlichen Vereinigung wurden die Abgeordneten Bredt und Dreiwitz vom Reichskanzler empfangen. Die Wirtschaftliche Vereinigung konnte, wie wir hören, einer Aufforderung, in das Kabinett einzutreten, wegen des Gesetzesentwurfes über den Preisabbau, gegen den das Handwerk scharfen Widerspruch erhoben, keine Folge geben. Die Partei wird sich dem neuen Kabinett gegenüber neutral und abwartend verhalten und sich die Entscheidung von Fall zu Fall vorbehalten. Die für heute abend vorgezeichnete Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei ist auf Donnerstag mittag verschoben worden.

Woher unsere Not?

Alle Welt schimpft. Die Nerven der Hausfrauen sind zerlitten; der Arbeiter hungert; der Beamte leidet unter größten Entbehrungen; der Landwirt draußen und der Geschäftsmann in der Stadt wissen nicht, wie sie die ungeheuerlichen Steuern aufbringen sollen; zahllose Angestellte sind „abgebaut“ und liegen mit ihren Familien im wahren Sinne des Wortes auf der Straße.
Man schimpft auf Staat und Stadt, auf die Behörden im allgemeinen und das Finanzamt im besonderen. Man schimpft auf den lieben Nächsten und auf dessen politische Partei. Es ist immer die andere, niemals die eigene Partei, die an allem Elend schuld ist. Der innere Hader ist auf den Höhepunkt gestiegen.
Wer aber ist sich darüber klar, daß weder Staat noch Stadt, weder Regierung noch Behörden, weder Parteien noch Einzelpersonen frei sind in ihren Entschlüssen? Hinter den Kulissen zieht der wahre Herr aller deutschen Geschicke unsichtbare Fäden. Es ist der Generalagent für die Reparationen. Kein deutsches Parlament, kein Minister, kein Reichskanzler, kein Reichspräsident hat in Deutschland so viel zu sagen wie dieser schlichte angelegliche Gentleman. Niemand besitzt so absolute Gewalten; nie-

besteht. Daraufhin berief der Reichspräsident den bisherigen Reichskanzler Dr. Luther und beauftragte ihn mit der Kabinettsbildung.

Dr. Luther hat den Auftrag erhalten, ein neutrales Kabinett der Mitte

zu bilden, das sowohl nach rechts wie nach links unabhängig ist, und die Führer des Zentrums und der Demokraten haben sich bereit erklärt, mit Dr. Luther in Verhandlungen einzutreten. Dr. Luther hat auch zugleich mit den anderen für die Regierung in Frage kommenden Parteien Fühlung genommen.

mand kann so wie er Parlamenten, Ministern, Reichskanzlern, Reichspräsidenten ihre angeblich verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte aus der Hand nehmen.

Dreifach seine Gewalt. Er ist der Herr unserer verpöndeten Bölle und Steuern; er ist der Diktator über unsere Eisenbahnen; er ist der Gebieter über unsere Reichsbank, unsere Geldwirtschaft, unsere Industrie, unseren Handel, unsere Währung. Diefem Fronwagt verdankt es die Hausfrau, daß sie für jedes Pfund Zucker 10,5 Pfennig Steuer an unsere Feinde zahlen muß. Ihm verdanken die Männer die teuren Zigaretten und das teure Bier; wenn die Repa-

rationiszahlungen, wie sie es nach dem Niederbruch von Industrie und Landwirtschaft müssen, zurückgehen, wird er dafür sorgen, daß die Hausfrau noch 5, 10, 15 Pfennig Steuern mehr für ihr Pfund Zucker an ihn zahlt.

Er kann Maßnahmen verlangen, die nach seiner Meinung nötig sind, die Einnahmen zu steigern und die Ausgaben zu mindern. Das heißt, er kann Herabsetzungen der Beamtengehälter notwendig machen und so in jedem Beamtenhaushalt den Gerichtsvollzieher der Entente spielen. Jedem Arbeiter kann er die letzte Ausflucht, die Erwerbslosenfürsorge, sperren; denn er kann der Regierung die